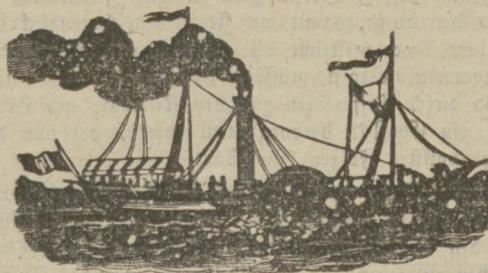


Danziger Dampfboot.

Nº 122.

Sonnabend, den 29. Mai.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementsspreis hier in der Expedition Pferchaisengasse Nr. 5, wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1869.

40ster Jahrgang.

Inserate, pro Seite-Spalte 1 Sgr.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Rettemeyer's Centr.-Büro. u. Annonc.-Büro.
H. Albrecht, Lauben-Straße 34.

In Leipzig: Eugen Fort. H. Engler's Annonc.-Büro.
In Hamburg, Frankf. a. M., Berlin, Leipzig, Wien u. Basel.
Haasenstein & Vogler.

DANZIGER DAMPFBOOT.

Das Abonnement pro Juni beträgt 10 Sgr.

Auswärtige wollen den Betrag incl. Postprovision mit 15 Sgr. direct an unsere Expedition franco einsenden.

Telegraphische Depeschen.

Paris, Freitag 28. Mai.

Bei dem Empfang des neuen amerikanischen Gesandten in den Tuilerien am vergangenen Sonntage sollen freundschaftliche Versicherungen ausgetauscht sein. Washburne hat unter Anderm geäußert: Amerika wünschte niemals mehr als jetzt die freundschaftlichen Beziehungen mit Frankreich zu pflegen.

Florenz, Freitag 28. Mai.

General Durando ist gestorben. Aus Livorno wird gewendet, daß der Urheber des Attentats nebst mehreren Compromittirten in den Händen der Justizbehörde sich befindet.

Madrid, Freitag 28. Mai.

Nunmehr geht der paragraphenweise erledigte Verfassungsentwurf zurück an den Ausschuß zur Revision. Der Termin zur Schlafabstimmung wird später festgesetzt werden.

Bukarest, Freitag 28. Mai.

Die von der Kammer an den Fürsten gerichtete Adresse versichert demselben die Ergebnisheit des Landes und verspricht kräftige Unterstützung der gegenwärtigen Regierung, welche die Bahn des wahren Fortschritts, der Legalität und Ordnung betreten habe.

Politische Rundschau.

Die Inspektionsreise unseres Königs ist abermals aufgeschoben und soll erst nach der Abreise des Vicekönigs von Ägypten angetreten werden. —

Professor Hengstenberg in Berlin ist gestern Mittags gestorben. —

Ablößlich der Mittheilung, daß Benedetti nach seiner Rückkehr aus Paris seine Friedenszuversicht ausgesprochen habe, ist von einigen Zeitungen behauptet, Benedetti habe gleichzeitig die französischen Compensationsdecrets von 1866 wieder in Anregung gebracht. Von unterrichteter Seite kann versichert werden, daß hierüber kein Wort gefallen ist. —

In der gestrigen Reichstags-Sitzung erklärt, bei Berathung des Antrags von Hagen in Betreff der Heranziehung des Militärs zu den Communalosten, nachdem Stephani die Commissionsanträge und Hagen seinen neuen Antrag (die Verordnung vom 22. Dec. 1868 für rechtsunverbindlich zu erklären) vertheidigt hat, der Kriegsminister v. Noor: Er wünsche einen Conflict zu vermeiden. Es handle sich um alte Privilegien, die jetzt noch zwei glorreichen Kriegen, als deren Folge der Nordbund und der Reichstag anzusehen seien, in Frage zu stellen bedauerlich wäre. Preußen habe die Privilegien geehrt, und scheine es nicht billig, daß Preußen von den hinzugekommenen Kleinstaaten sich darin corrigiren lassen solle. Ich halte die Rechtsbeständigkeit der fraglichen Verordnung für unanfechtbar, weil diese auf der bestehenden Gesetzgebung basirt und dies der Standpunkt des Bundesrats sei. Bundeskommissar Hoffmann (Hessen) constatirt, daß die hessische Regierung in dieser Frage abweichender Ansicht sei. v. Noor erklärt: die Einheit der Armee beruht auf der Einheit ihrer Rechtsverhältnisse, daher ein Ausgleich schwer möglich, zumal dem Bundespräsidium Artikel 5 der Bundes-

verfassung zur Seite stehe. v. Molcke erinnert daran, daß das Militäreinkommen nach dem Bedürfniß bemessen und daß spätere Abzüge nicht vorgesehen seien. Der Immunitätsgrundzog sei keine spezifisch preußische Einrichtung, die meisten übrigen Armeen hätten sie auch, selbst in der Republik Schweiz. Die Städteordnung von 1808 zähle das Militär nicht zu den Einwohnern. Eine Unbilligkeit läge nicht darin, daß das Militär frei sei, sondern darin, daß die übrigen Beamten Communalsteuer zahlen. Das Militär sei ein Guest der Stadt, der für alles seine Rechnung bezahle. Das Wohlergehen der Städte basire auf der Macht des Staates, letztere auf den Thaten des Heeres, welches den Städten manchen Vortheil bringe. Die Frage, sollen fünf Sechsttheile der Armee ihr altes Recht verlieren, sei nicht zu bejahen, sondern der Antrag von Schulenburg anzunehmen. (Beifall.) Der Bundeskommissar Pottammer rechtfertigt die Legalität der Verordnung und kennzeichnet die Tendenz des Antrages folgendermaßen: Der Antrag will beide gleichberechtigte Faktoren, den Reichstag und das Präsidium, in eine solche Lage bringen, daß der Reichstag als Tribunal der Regierung gelten soll. Er bitte den Antragsteller, diesem Wege nicht zu folgen. Nachdem v. Forckenbeck und Wagener gesprochen, wird abgestimmt. Das Resultat ist folgendes: Der Antrag des Großen Schulenburg auf Übergang zur Tagesordnung wird mit 125 gegen 88 Stimmen abgelehnt; der Antrag von Hagen: der Reichstag solle die Präsidial-Verordnung vom 22. Dec. 1868 für nicht gerechtfertigt erklären und die Zurückziehung der Verordnung herbeiführen, mit 137 gegen 70 Stimmen abgelehnt; ebenso wird der Antrag von v. Forckenbeck: der Bundeskanzler wolle eine anderweitige Regelung der communalen Besteuerung der Militärpersonen durch das Gesetz herbeiführen, durch welches nur das militärische Diensteinkommen der aktiven Militärpersonen von den direkten Communalsteuern befreit wird, mit 128 gegen 86 Stimmen abgelehnt, dagegen werden beide erste Alineas der Commissionsanträge angenommen. Das erste lautet: der Reichstag erachtet den Artikel 61 der Verfassung nur auf die bei der Publikation desselben bereits vorhandenen preußischen Militärgezege sich beziehend; das zweite erachtet das Verhältniß des Militärs zu den Communalsteuern einer Gesetzregelung im Sinne der Einheit des Bundesheeres bedürftig. —

Die conservative Partei hat einen Antrag formulirt, welcher den Bundeskanzler auffordert, dafür Sorge tragen zu wollen, daß der Reichstag 1870 spätestens am 1. Februar gedachten Jahres einberufen werde. Das Postulat wäre noch correcter gesetzt, wenn man beantragt hätte, den Reichstag regelmäßig spätestens am 1. Februar jeden Jahres einzuberufen. Die Fraction der Conservativen kann sicher sein, daß ihr Antrag als ein zeitgemäßer auch von den andern Fractionen unterstützt werden wird, wenn auch die übrigen Parteien von vielleicht wesentlich andern Motiven geleitet werden. Die Herren Antragsteller haben, wie es scheint, vorwiegend die Unbequemlichkeiten im Auge, welche den meisten Abgeordneten daraus erwachsen, daß sie bis in den Hochsommer hinein in Berlin anwesend sein müssen. Namenslich für die vielen Grundbesitzer ist der jetzige Usus beinahe unerträglich und mit so großen materiellen Opfern verknüpft, daß in der That die Annahme eines Mandats von vorn herein als eine sehr selbstlose Handlung angesehen werden muß. Das besonders Gute an dem Antrage sind seine politischen Consequenzen.

Ermöglicht der Bundeskanzler den Zusammentritt des Reichstages für Anfang Februar, so muß der preußische Landtag, wenn er bequem mit den vielen ihm obliegenden Geschäften bis Ende Januar fertig werden soll, spätestens Ende September oder Anfang October einberufen werden. Das ist ein altes liberales Postulat, welchem sich bisher die Conservativen aus der einen rätselhaften Erwägung entgegengestellt haben, daß es nicht nötig sei, den Etat bis zum 31. December hin fertig zu stellen. Sie erblidken in dem zuerst von Forckenbeck angeregten und von v. d. Heydt vor Jahren auch gebilligten Begehren Erweiterung der Machtbefugnisse, Parlamentarismus und wie sonst die Schreckgespenster alle heißen. Jetzt durchbricht mit ihrem Antrage die conservative Partei selbst das Eis, und es kann den liberalen Fractionen nicht einfallen, ihnen aus diesen oder jenen formellen Bedenken und weil namentlich die Motive verschieden sind, Opposition zu machen. Der Antrag ist durchaus so, daß er durchs Haus gebracht werden muß, weil die Consequenzen aus ihm gut sind. —

Der Vorschlag des Herrn Finanzministers, die Reisebillets mit einer Steuer von 10 pCt. zu besteuern, hat keine Aussicht auf Annahme, gleichwohl dürfte es nicht ganz nutzlos sein, einen kurzen Blick auf dieses Project zu werfen, welches in hohem Grade geeignet ist, uns über die Finanzkunst des Herrn v. d. Heydt Aufklärung zu verschaffen. Die herrschende Ansicht, welche der Herr Handelsminister bisher vertreten hat, bringt auf eine Herabsetzung der Fahrpreise und es ist nicht zu leugnen, daß die Ermäßigung der Taxen überall da, wo sie erfolgt ist, die Frequenz gesteigert hat. Eine Begünstigung des Personenverkehrs ist auch völlig gerechtfertigt. Sie ist eins von den Mitteln, den Verkehr überhaupt zu fördern und zu beleben. Handel und Industrie können nur zu großen Ausdehnungen gelangen, wenn die Möglichkeit geboten ist, die Abschlüsse der Geschäfte persönlich zu betreiben. Ein rein schriftliches Verhandeln ist ein lohnes und unsicheres Mittel, welches der Handelsverkehr mehr und mehr aufgibt. Die Geschäfte werden zwischen dem Verkäufer und Käufer durch Vermittler mit schriftlicher Information und ausgedehnter Vollmacht, aber persönlich abgeschlossen, gleichviel ob der Producent von Waaren sich von dem Händler aussuchen läßt oder diesen selbst aussucht. Hierin liegt für einen großen Kreis von Personen die Bedingung für die Möglichkeit, sich zu nähern, vorwärts zu kommen und ihr Glück zu machen. Nun muß aber der Betrag des Fahrpreises, welcher aufgewandt wird, in einem günstigen Verhältnisse zu der Hoffnung stehen, durch die Reise einen Gewinn zu erzielen. Die Reise an sich garantiert einen solchen noch nicht. Die Aussicht ist immerhin nur unsicher. Es müssen viele vergebliche Reisen gemacht werden, ohne daß oder bis daß ein Geschäft zu Stande kommt. Der Einzelne fragt sich daher stets, ob die Hoffnung auf das in Aussicht stehende Geschäft die Kosten der Reise wert ist, und jeder wird sich nach seinen Verhältnissen diese Frage anders beantworten. Je niedriger der Aufwand an Kosten ist, um so mehr wird jeder geneigt sein, sie zu riskieren, und für den Unmittelbaren werden sie schwerer wiegen als für den Vermittelten.

Der geforderte Zuschlag von 10 pCt. ist, wird man erwiedern, für den Einzelnen kaum zu spüren. Dies ist jedoch nicht wahr. Der Arbeiter, welcher in den Bergwerksbezirken Westfalens seine Eisenbahnstrecke jeden Tag zurücklegt, wird bei einem Ein-

kommen, was sich täglich auf Groschen beläuft, eine Mehrausgabe an Pfennigen sehr empfindlich fühlen. Der Geschäftsmann, welcher umhergereist, um Bier, Getreide oder Wolle zusammen zu kaufen, wird bei einer Zusammenstellung seiner Umlosten es sehr deutlich merken, daß sich die Position der Reisefosten um 10 p.C. gesteigert hat. Mag er auch unverstädlich dagegen sein, wenn er statt eines Thalers 33 Silbergroschen Fahrgeld zahlen muß, nach Ablauf von 365 Tagen wird ihm der Schmerz nicht erspart werden, wahrzunehmen, daß sich seine Reisefosten im laufenden Jahre von 300 Thlr. auf 330 Thlr. oder von 400 Thlr. auf 440 Thlr. gestellt haben. Während der Arbeiter die Mehrausgaben sich an seinem Leibe absparen muß, wird sich der Geschäftsmann so einzurichten suchen, daß die Geschäftsausgaben auf den alten Stand zurückgehen, d. h. er wird seine Touren um 10 p.C. einschränken, und das heißt wieder mit anderen Worten, seine Erwerbsfähigkeit wird um 10 p.C. reducirt werden.

Die Erhöhung der Fahrpreise wird sonach die Frequenz, die Erwerbsfähigkeit und die Wohlfahrt vermindern. Diese Beeinträchtigung ist bei einem Steuerzuschlag von 10 p.C. überdies enorm. Man berücksichtige nur die Höhe des Betrages, welchen der Herr Finanzminister, und zwar, wie wir als sicher annehmen dürfen, ohne denselben übermäßig zu veranschlagen, herausgerechnet hat. Auf die bedeutende Summe von weit über 3 Millionen Thalern sollen sich die Erträge dieser Steuer belaufen!

Die Billetsteuer steht mit den gangbaren, wirtschaftlichen Prinzipien in direktem Widerspruche. Sie trifft die Gewerbsfähigkeit und ist gegen die Steuerkrise im Allgemeinen gerichtet. Sie wendet sich gegen den Unabkömmling und beschränkt ihn in seiner Thätigkeit, zu erwerben und zu Wohlstand zu gelangen.

Es gibt nicht einen Grund gegen hohes Briefporto, der sich nicht in stärkerem Maße gegen das vorgelegte Project der Billetsteuer geltend machen ließe. Was denkt sich nun die Staatsregierung, welche die Herabsetzung des Portos betrieben hat, wenn sie jetzt die Besteuerung des Personenverkehrs beantragt? —

Das Zoll-Parlament wird voraussichtlich nicht länger als etwa drei Wochen tagen. So lange es versammelt ist, hält der Reichstag keine Sitzungen ab. Die Feststellung des Etats pro 1870 wird die letzte Arbeit des Reichstages sein, der er sich erst nach Schluss der Zollparlaments-Session unterzieht. Das Zollparlament geht auf zwei Tage sehr wahrscheinlich nach Heppens und Bremen. Es werden an dasselbe Einladungen von dort ergehen. Die Einladungen abzulehnen liegt kein Grund vor, da jeder beliebig sich von der Excursion ausschließen kann.

Es ist ein eigenthümlich Ding mit dem Haushaltsetat des norddeutschen Bundes. Die Ausgaben sind schon im Vorauß bis zum Jahre 1872 festgestellt, und an den Einnahmen ist eben nicht viel zu bewilligen, da der größte Theil derselben ohne weiteres Zuthun aus den Zöllen, den Postüberschüssen und anderen indirekten Abgaben zusammenfließt, ohne daß irgendemand über die Höhe dieser Erträge etwas festsehen könnte, während der fehlende Rest durch die Matricularbeiträge gedeckt werden muß. Es läßt sich im Vorauß nicht einmal mit einiger Sicherheit feststellen, wieviel an Matricularbeiträgen zu zahlen sein wird, weil man eben nicht bestimmt wissen kann, wieviel die übrigen Einnahmen liefern werden. Daher kommt es, daß der norddeutsche Reichstag jetzt erst den Etat pro 1868 endgültig feststellen kann.

Das dieserhalb vorgelegte und von der Commission berathene Gesetz hat außer einem Vorbehalt wegen der Rechnungslegung keinen andern Inhalt, als die Feststellung der Matricularbeiträge und deren Vertheilung auf die einzelnen Bundesstaaten. Diese Beiträge belaufen sich für das verflossene Jahr auf etwa über 22 Millionen, wovon allein 19 Millionen auf Preußen fallen.

Wenn der Reichstag die Höhe der Matricularbeiträge feststellt, so liegt darin nicht einmal eine eigentliche Steuer- oder Einnahme-Bewilligung, sondern es ist nichts als eine dem Bundesrathe ertheilte Erlaubnis, die betreffenden Beiträge von den einzelnen Staaten zu fordern. Die eigentliche Geldbewilligung kann aber nur von den einzelnen Landtagen geschehen.

Das Bestehen der Matricularbeiträge ist mit einer geordneten Bundesfinanzwirtschaft unvereinbar. Noch bedenklicher erscheint aber die Sache, wenn man in Betracht zieht, daß wir bereits Bundes Schulden haben und voraussichtlich noch mehr zu verschiedenen Zwecken, z. B. für die Marine, werden machen müssen, daß also der Bund die unbedingte

Bepflichtung der Zinszahlung und Rückzahlung übernehmen muß. Welche Sicherheit hierfür kann denn nun der Bund seinen Gläubigern gewähren? Unscheint: im Grunde genommen gar keine, da er weder Vermögen besitzt, noch über hinreichende eigene Einnahmen selbstständig verfügen kann. Käme es einmal zu einem Conflict, so würde nicht der Bund, als solcher, sondern nur jedes einzelne Bundesland der eigentlich Bepflichtete sein.

Wenn zwar für jetzt aus dieser in den Bundesfinanzen herrschenden Unklarheit eine Gefahr nicht zu befürchten ist, so wird man doch zugestehen müssen, daß eine bessere Ordnung in ruhigen Zeiten sehr zu wünschen bleibt, damit wir sie in dem Augenblick der Gefahr, wo vielleicht alle Steuerkräfte in Anspruch genommen werden müssen, fertig haben und nicht etwa durch Differenzen zwischen Reichstag und Landtag ein Conflict hervorgerufen werde, der von den unheilvollsten Folgen sein könnte. —

Wenn die preußische Regierung darauf denkt, denselben Süddeutschen Parteien, welche dem Anschluß an den Nordbund günstig gestimmt sind, ein Lebenszeichen zu geben und ihnen zu zeigen, daß das System der moralischen Eroberung keineswegs zur Ruhe verwiesen sei, so dürfte es in der That hohe Zeit hierzu sein. Es scheint sich in Süddeutschland eine Krise vorzubereiten, durch welche, wenn nicht eine helfende Hand von außen hineingreift, die preußische Partei zerrieben und das Wunderkind eines selbstständigen Südbundes zu Tage gefördert werden könnte. Im Königreich Bayern war es das Ministerium Hohenlohe, welches bei den Wahlen eine empfindliche, fast erdrückende Niederlage erlitten hat. Die Mittelpartei, preußisch gefärbt und bayerisch gekleidet, auf welche sich Fürst Hohenlohe stützen zu können meinte, ist total geschlagen; die Zahl ihrer Mitglieder in der neuen Kammer erstreckt sich kaum über ein Dutzend. Die stärkste Partei ist die sogenannte patriotische, welche, aus einem Bunde der Föderativ-Demokraten, der autonomen Adeligen und der Conservativ-Kirchlichen hervorgegangen, sich von jeder Verständigung mit Preußen ablehnt. Nach ihr kommt an Stärke die Fortschrittspartei, welche auf Reformen im Innern bringt und zugleich, obwohl nicht ganz offen und ausdrücklich, den Bund mit Preußen verlangt. Aehnlich steht es in Baden, wo zwar die sogenannten Offenburger, welche früher einmal dem Ministerium, weil es in Preußenfreundlichkeit und Liberalismus nicht schnell genug vorwärts ging, den Kauf hatten aufzukündigen wollen, jetzt eben schmunzigt zur Fahne der Regierung zurückgekehrt sind, da dieselbe von den verbündeten Demokraten, Klerikalen und Groß-Aristokraten hart bedrängt wird. Die Offenburger Nationalliberalen rühmen sich, das aufgeläerte, reiche, gebildete, freisinnige Bürgerthum zu vertreten, sie verachten die Demokraten als Proletarier, die Aristokraten als Sonderlinge, die Klerikalen als obscurante Wähler; aber alle ihre Anmaßung, welche die liberale Phrase als die einzige berechtigte hinstellen will, würde ihnen nichts nützen, und die Regierung selber würde an ihrer Hülse nur eine schwache Stütze haben, wenn nicht aus dem Norden Succurs käme.

In Berlin erkennt man sicherlich die Notwendigkeit, den Nationalliberalen Badens wenigstens eine moralische Subvention zu gewähren; man weiß auch, daß hiermit nicht lange mehr gezögert werden darf. Wenn mit der Sitzung des Zollparlaments eine liberale Neubildung des Berliner Cabinets unter der Leitung des Grafen Bismarck zu Staate käme, wenn somit die badischen Abgeordneten mit der frohen Kunde aus Berlin zurückkehren dürften, daß „Preußen frei geworden sei“, und daß also nichts mehr dem Anschluß an diesen Staat der Glücklichen entgegenstehe, dann würden sie gerettet sein. Ganz dasselbe gilt von den Württembergischen Nationalliberalen, die ohne diesen Strohhalat in der Fluth des schwäbischen Demokratismus und Particularismus zu erstickt fühlten. —

Die Nachwahlen in Frankreich werden am 6. und 7. Juni stattfinden. An diesen Tagen hofft die Opposition die Zahl ihrer Mitglieder bis auf fünfzig zu bringen, was ihr in manchen Fragen, in denen sie auf ebenso viel Stimmen der unabhängigen Dynastischen rechnen zu können glaubt, eine Macht von etwa 100 Stimmen geben würde. Aber auch in zwei Dritttheilen des künftigen gesetzgebenden Körpers, die dann der Regierung noch bleiben, haben die Grundsätze der Unabhängigen eine starke Vertretung erhalten, so daß das Wahlergebnis nicht versehlt, auf die höchsten Regierungskreise und auf den Kaiser selbst einen tiefen Eindruck zu machen.

In der nächsten Umgebung des Kaisers war das erste Wort: „Umkehr!“ Der Kaiser hat jedoch allen Vorstellungen entschieden Widerstand geleistet und es kann jetzt als ausgemacht gelten, daß die Politik

vom 19. Januar 1867 durch die Wahl von 1869 keine Störung erlitten hat.

Der Kaiser hat ferner Herrn Nouher eröffnet, daß er in ihm nach wie vor das fähigste und herausnehmende Organ seiner Politik erblickt und Veränderungen des Regierungssystems und der Grundsätze der Verfassung von 1852 nicht für geboten erachte. Nur wolle er sich in allen praktischen Fragen, wie er sich wörtlich ausdrückte, den liberalen Wünschen des Landes möglichst entgegenkommend zeigen, mithin die Finanzverwaltung gern einer strengeren Kontrolle unterziehen, in Bezug auf den Heeresstand und die Jahrescontingente die billigen Anforderungen der Bevölkerung beherzigen u. s. w. Er faßt den Sinn der Wahlen von 1869 in ihrer Gesamtheit so auf, daß die neue Majorität sich unumwunden und ohne Hindernisse der Politik vom 19. Januar anschließen, an dynastischer Gestaltung aber der Majorität von 1863 nichts nachgeben werde; sie werde nicht minder und mit mehr Autorität als diese allen revolutionären Bestrebungen in und außerhalb der Kammer entgegentreten. —

Das numerische Ergebnis der Pariser Wahlen ist folgendes: Gestimmt haben 305,531, davon erhielten die conservativen Candidaten 74,504, die Oppositionscandidaten 231,027 Stimmen, 90,000 Wähler enthielten sich der Abstimmung; Paris hat runde 400,000 eingeschriebene Wähler. Bemerkenswerth ist folgende Stufenleiter der Pariser Stimmung: 1852 stimmten in Paris gegen die Regierung 86,101 Wähler, 1857 101,207, 1863 149,406 und 1869 250,000. —

Vocales und Provinzielles.

Danzig, den 29. Mai.

Der Chef-Präsident Breithaupt, welcher seit Mittwoch die hiesigen Justiz-Behörden inspiziert, verläßt morgen unsern Ort, um, wie wir hören, sich noch Elbing zu begeben.

Der Stadt- und Kreisgerichts-Secretair, Kanzleirath Clemens, ist vom 1. September ab auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzt worden.

Den Schiffen Rathke und Erdmann Gurl zu Bodenwinkel, im Landkreise Danzig, ist die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Die Königl. Werft beabsichtigt an einem Nachmittage der nächsten Woche auf den Höhen hinter dem Militärlichofe probeweise eine Anzahl Signal-Raketen steigen zu lassen.

Nach einer kriegsministeriellen Bestimmung sind die beiden ältesten Jahrgänge der Landwehr im October d. J. zum Landsturm überzuführen und somit ihrer fernerer Dienstverpflichtung zu entheben.

Der Cultusminister hat angeordnet, daß jede Schule mindestens ein Mal im Jahre durch den Kreis-Schulinspektor an Ort und Stelle einer genauen und gründlichen Revision unterworfen werde. Wo es erforderlich ist, soll eine Theilung der größeren Bezirke erfolgen und dem Kreis-Inspektor Schilf beigeben werden.

Trotz des trockenen Sommers im vergangenen Jahre, des schneelosen Winters und der allgemeinen Trockenheit in diesem Jahre sind die Prangenauer Quellen sehr reichhaltig, und soll es keinem Zweifel unterliegen, daß dieselben mehr als das nötige Wasser zu liefern im Stande sind. Die Röhrenlegung in der Stadt macht gute Fortschritte. Dieselbe geschieht so geräuschlos, so wenig auffallend, daß man fast gar nicht dadurch incommodiert wird, denn wo eine Röhre gelegt und mit einer andern verbunden ist, da wird die Stelle auch sofort verschüttet und der Boden gepflastert. Gegenwärtig werden die Wasserröhren auf Neugarten, Sandgrube und der Speicherinsel gelegt.

Am 5. f. M. findet eine General-Versammlung des hiesigen Vorschußvereins statt, in welcher die Änderung des §. 55 des Statuts betr. die Höhe der Kapitalanlage der Mitglieder zur Berathung und Beschlussfassung kommen soll.

Gestern Abend waren die Schiffszimmergesellen im „Kaffee Royal“ versammelt, um sich der großen Gewerksvereinsbewegung anzuschließen. Der zu dieser Versammlung eingeladene Maschinenbauer Dr. Treichel segte den Versammelten die Zwecke des Vereins auseinander und hob speziell hervor, daß die Arbeits-einstellung erst wenn gütliche Ausschließungen vergeblich gewesen und die Arbeitsgeber die gerechten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen vermögen, als letztes Mittel anzuwenden sei. Er wies als Beispiel auf die englischen Maschinenbauer und die vereinigten Zimmerer und Tischler hin, welche auch ohne Arbeitseinstellung ihre Lage wesentlich verbessert hätten und stets zu den geachtetsten sämtlichen Gewerksvereine deshalb

jähren, weil sie die rohe Gewalt verschmähten. Die Ausführungen des Herrn Treichel wurden mit Beifall aufgenommen. Der Verein constituirte sich.

— In der Angelegenheit des Diebstahls bei dem Kaufmann Herrmann kommen stets neue gestohlene Tücher und noch andere bezügliche Personen zum Vorschein. Der Werth der dem Hrn. Herrmann entwendeten Waaren ist hiernach noch gar nicht festzustellen, jedenfalls aber bedeutender, als man von vorherher annahm.

— Wir berichteten vorgestern von einem Schwindler, welcher im Zuhörerraum des hiesigen Criminalgerichtsaals als solcher entlarvt wurde. Wie wir erfahren, hat er es räthlich gefunden, sich schleunigst aus dem Staube zu machen.

— Die Mehrzahl der diesjährigen Auswanderer nach Amerika hat noch sorgfältigen Ermittlungen aus solchen Personen bestanden, die ein kleines Capital aus Europa mit herübergekommen haben. Von den Uebrigen sind die Meisten von ihren Unverwandten und Freunden in den Vereinigten Staaten aufgesondert gewesen, ihnen nachzukommen, und es war ihnen nicht blos das Reisegeld hierhergeschickt, sondern zugleich eröffnet worden, daß sie drüben für die erste Zeit durch kostfreie Verpflegung eine sorglose Existenz haben würden. Dank der außerordentlichen Nährigkeit des deutschen Elements in Amerika ersfreuen sich hundert Tausende unserer Landsleute so gesicherten Auskommens wie großen Einflusses, und das waren Leute, die von hier fortzogen, ohne mehr als das Allernothwendigste zu beschaffen. Durch Fleiß und Intelligenz und aufrichtige Hingabe an das neue Vaterland ist es möglich gewesen, daß ganze Staaten unter deutscher Präponderanz mehr und mehr gewaltig in die Höhe kommen. Die jetzt lebende Generation wird Zeuge davon sein, daß die Deutschen alle übrigen Völker, die drüben friedlich neben einander wohnen, überflügelt haben werden. Der Amerikaner steht diese Zeit mit Sicherheit kommen, und er wähnt sie nicht mehr fern.

— Das „Journal für praktische Chemie“ bringt folgende interessante Feststellung: Herr Dr. Goppelsroder in Basel ließ aus verschiedenen Verkaufsläden 212 Stück Oblatenmuster holen und die Untersuchung ergab, daß 1. die rothen Oblaten giftige Substanzen, das Mennig, enthielten; 2. gelbe enthielten chromsaures Blei und Oxyd; 3. viele weiße enthielten Bleiweiß; 4. die grünen und blauen enthielten Berlinerblau und Chromgelb. Dr. Goppelsroder gibt nach Maßgabe der sehr eingehenden Untersuchung den Rath, nur schwarze, braune und ungefärbte weiße Oblaten als durchaus unschädlich zu benutzen. Wir empfehlen unsern Lesern daher, sich mit dem Anseuchen verdächtiger Oblaten in Acht zu nehmen.

— In Betreff der Ortsangehörigkeit einiger Grundstücke in der großen und kleinen Muße hat die Regierung in Rücksicht darauf, daß dieselben im Jahre 1790 zur Stadt Danzig gehörten haben sollen, dieselben von dem Landkreise abgezweigt und dem städtischen Territorium zugewiesen.

— Ein „Civis“ veröffentlicht folgendes Inserat: „Wohlmeinter Steuer-Rath.“ Könnte man denn nicht, wenn eine Besteuerung der Droschen, Omnibusfahrten eingeführt würde, zugleich verordnen, daß diejenigen, welche diese Steuer dadurch umgehen, daß sie ihre Gänge zu Fuß abmachen, als Defraudanten angesehen und mit dem vierfachen Betrage der defraudirten Summen bestraft werden? — Wie meinen, das müßte schon allein so viel einbringen, daß sämmtliche Bedürfnisse gedeckt werden können?

— [Für sparsame Hausfrauen.] Man verkauft jetzt in London Frauenunteröde von Papier für 1 Sixpence. Ebenso hat man Imitationen von Hanfleinen und Indienne zu Bettvorhängen und Möbelbezug gleichfalls von Papier. Auch Sohlen von Papier werden gemacht, doch wird davor gewarnt, nicht zu forcire Märsche darauf zu machen.

— [Eine Beobachtung, die man auch heute beherzigen könnte.] Unter den vermischten Nachrichten aus der Königsberger Kriegs- und Friedens-Zeitung vom 2. November 1786 (also 3 Jahre vor Anfang der französischen Revolution) finden wir unter Frankreich folgende Notiz: „Von 800 Missenthalern, die bei der Geburt des Dauphins (Kronprinzen) begnadigt wurden, sind 400 wieder zum Laster zurückgekehrt, und theils gerädert, gebrandmarkt &c. worden. Diese traurige Rückkehr kommt ohne Zweifel daher, daß nicht genug für die Industrie und den Unterhalt dieser Menschen gesorgt ward; und man sieht daraus, daß nicht sowohl die Strafen, als vielmehr thätige Anstalten, dem Verbrechen vorzubeugen, die letztern vermindern.“

— In Bromberg wird ein Militärcasino gebaut, welches ca. 60,000 Thlr. kosten wird, dagegen kann

dort das neue Seminar, welches seiner Vollendung nahe ist, wegen Mangels an ausreichenden Mitteln nicht vollendet werden.

— Der projectierte Canal zur Verbindung der Ost- und Nordsee scheint allerdings zur Ausführung zu kommen, aber nicht bei Flensburg und auch nicht in Schleswig-Holstein, sondern in Jütland.

— [Ratten-gift.] Man nehme gepulverten, entwässerten Gips, vermische ihn mit gleichen Theilen Weizenmehl und gieße als Lockmittel einige Tropfen Amis hinz. Dieses Gemisch wird auf irgenden Tellern den Ratten hingestellt und in der Nähe Wasser gestellt. Durch das Trinken, beziehungsweise das Hinzutreten des Wassers zu dem angegebenen Gemisch bildet sich im Magen der Thiere ein Gipskuchen, welcher deren Tod veranlaßt. Das Gemisch muß in trockenen Blechbüchsen aufbewahrt werden.

Tiegenhof. Gestern ging der erste Zug der, der Wehrpflicht wegen auswandernden Menoniten, drei Familien, circa 19 bis 20 Mitglieder stark, über Petersburg, Włoskau nach Nischni Nowgorod per Bahn, von dort auf der Wolga nach seiner neuen Heimat, dem Salztrage im Gouvernement Saratow in Russland. Wenn wir auch der Überzeugung unsere Achtung nicht versagen können, so bedauern wir doch die uns bekannt und lieb gewordenen Familien, die in ihrem neuen Vaterlande möglicherweise bald in denselben Conflict kommen werden, dem sie hier entgangen sind. So viel wir wissen, werden aus dem Marienburger Kreise noch 8, aus dem Danziger 3 Familien aus demselben Grunde theils nach Samara, theils nach Saratow auswandern.

S e r i c h t s z e i t u n g .

In dem Lande der Westphalen, in dem bekanntlich die ersten drei Titel unseres Landrechts keine Gesetzeskraft haben, freite ein jüdischer Jungling um eine zarte Gläubigen-Genossin, fand auch, wenn nicht grade Gegenliebe, so doch Gehör und verlobte sich mit seiner Angebeteten — aber nur mündlich. Im Laufe der Zeit fand die junge Dame heraus, daß sie nicht den Mann, der für sie paßte, zu ihrem demnächstigen Ehegepäson gewählt habe und daß ein Anderer ihrem Herzen näher stehe. Sobald sie das eingesehen, war sie resolut genug, sich an das Gerude der Welt nicht zu lehnen, das Verlöbniss mit dem ersten Bräutigam aufzuheben und sich dem Gelebten zu verloben, worauf auch schleunig alle Schritte zur Verheirathung des Paars getroffen wurden. Dies war aber dem verstöthenen Jungling, der wohl mit ganzer Seele an der ungetreuen Gelebten oder an deren „Arneim“ hängen möchte, so wenig recht, daß er richterliche Hilfe in Anspruch nahm und einen Befehl des Gerichts erwirkte, welcher die Trauung seiner früheren Braut mit ihrem späteren Bräutigam hinderte. Darauf erhob er Klage auf Entschädigung, respicitive Abfindung aus dem Vermögen seiner Ebräut vor deren anderweiter Verheirathung und gewann auch in den ersten Instanzen seinen Prozeß. Das Obertribunal hat jedoch allen Illusionen des Junglings durch Zurückweisung der Klage ein Ende gemacht. Zu Nutz und Frommen aller gleich behilfenden aber verschmähten Verlobten wolles wir die Gründe dieser Entscheidung hier kurz mittheilen. Das Obertribunal hat angenommen, daß die Frage, ob die betreffenden jüdischen Ritualgesetze durch das Gesetz über die Verhältnisse der Juden vom 23. Juli 1847 aufgehoben, an deren Stelle also die von den Vorberichtern in Anwendung gebrachten Bestimmungen des gemeinen Rechts über die Form rechtsverbindlicher Eheverlöbnisse getreten seien, zu verneinen sei. Eine solche Aufhebung sei in den Worten: „Unseren jüdischen Untertanen sollen, soweit dies nicht ein Anderes bestimmt, im ganzen Umfange unserer Monarchie neben gleichen Pflichten auch gleiche bürgerliche Rechte mit unseren christlichen Untertanen zustehen“ nicht zu finden, da diese Gleichstellung nicht ohne Weiteres auf dieses privatrechtliche Verhältniss bezogen werden könne. Die in dem Prozeßverfahren vernommenen berühmtesten jüdischen Gelehrten und Oberrabbiner hätten erklärt, daß nach den jüdischen Ritualgesetzen eine Verlobung, welche zur Eingehung der Ehe verbindlich mache, ihnen unbekannt sei und ein bloßes Eheversprechen, wenn es nur auf mündlicher Verabredung beruhe, jeder verbindlichen Kraft entbehre. Es gebe in dieser Beziehung nur einen rechtsverbindlichen Act, und dies sei die Trauung, welcher dadurch vollzogen werde, daß der Mann dem Weibe einen Ring übergebe oder anstecke und dabei die übliche Trauformel, des Sinnes „hierdurch seist Du mir angeheirathet, angelebt“, ausspricht, und zwar unter feststehender freier Einwilligung der Braut und in Gegenwart zweier glaubwürdiger männlicher Zeugen. — Dies war in dem vorliegenden Falle nicht geschehen, das Brautpaar kann sich daher jetzt nach langem Harren, ohne irgend welche Abgabe an den verlobten Bräutigam entrichten zu müssen, verheirathen.

B e r m i s c h t e s .

— [Die Trichinen] sind noch nicht aus der Welt verschwunden. An einem Leichenschmause im Dorfe Bernterode (Provinz Sachsen) nahmen 25 Personen Antheil. Es wurde u. A. Schweinefleisch verzehrt, das Trichinen enthielt. Mehrere Personen erbrachten sich gleich und blieben gesund, die übrigen erkrankten und fünf starben in Zeit von 28 bis 58 Tagen.

— [Reclame mit Selbstmord.] Ein Kaufmann in Bückeburg hat folgende Annonce in die Zeitungen einzuklären lassen: „Da ich wünsche, meinem Leben, das mir zur Lust ist, ein Ende zu machen, und sobald als möglich zu sterben gedenke, will ich vorher meine sämtlichen noch vorräthigen Waaren zu einem unerhört billigen Preise verkaufen.“ Es ist wohl anzunehmen, daß der Reclamant noch lange nach dem angekündigten Ausverkauf zu leben gedenkt.

— Von dem Polizeidienner in Marienzell wurde kürzlich Abends ein Mann wegen Bettelns arrestitirt. Vor den Gemeindevorsteher gebracht, stellte es sich heraus, daß der Gemeindevornehmer den Grafen Wilczek für einen Bettler angesehen hatte, weil derselbe in ziemlich abgetragener Jägerkleidung vor einem Bauernhouse nach einem anstrengenden Gebirgsausfluge ausgeruht und die Bäuerin scherhaft um Milch gebeten hatte. Der Graf, ein Freund von Abenteuern, bezahlte seine Arrestur mit einem Souper, bei welchem es recht heiter herging.

— [U n m ü g l i c h e D a n k b a r k e i t .] Eine junge Demoiselle von sehr romantischem Charakter fällt in einen Teich und wird ohnmächtig herausgezogen. Sobald sie wieder zum Bewußtsein kommt, erklärt sie, daß sie, um ihrem Retter ihre Dankbarkeit zu beweisen, denselben heirathen werde, gleichviel, in welcher gesellschaftlichen Stellung er sei. — Was Du da sagst, liebes Kind, sagt der Vater, ist sehr gut und schön, aber ungünstigerweise ist es doch unmöglich. — „Wie denn? Ist er etwa schon verheirathet?“ — Nein. — „Ist es der junge Lieutenant von da drüben?“ — Nein, der ist's nicht. — „Nun, wie ist's ganz egal, wer es ist, aber gib ihm mir zum Kranne!“ — Wahrhaftig, ich sage Dir, es ist unmöglich. Oder willst Du etwa unsern Newfoundländer heirathen? —

— Es gibt in Paris — natürlich von der Börse abgesehen — eine große Anzahl von, um mit Bißmark zu reden, catilinarischen Existzenzen, die klos von Wetten leben und von der Polizei nicht gerade mit den liebvollestens Augen angesehen werden, obwohl diese Leute sich so gerieren, daß dieselbe ihnen direct nichts anhaben kann. — Von den Passagen und Boulevards sind sie so ziemlich hinweggewaschen, aber daraus darf man nicht schließen, daß sie sich für geschlagen halten. — Sie treiben ihr kleines Geschäftchen unter der Nase der Stadtgeranten.

— Jetzt ist folgendes Wettspiel Mode: Sie wetten auf die geraden und ungeraden Nummern der Droschen, die eine Strafzettel passiren. — Auf dem Trottoir, gerade dem neuen Opernhaus gegenüber, sahen wir zwei Leute stehen, die, ihr Wettsbuch in der Hand, sich die nötigen Notizen machten. — Der Einsatz war 20 Sous, also 1 Franc für jede vorüberkommende Nummer, und Gott weiß, wie viel vorüberkamen in der ausgemachten Zeit von Punkt 12 Uhr Mittags bis Punkt 6 Uhr. — Um 2 Uhr hielten die geraden Nummern um 45 Franken die Spitze. Aber gegen 4 Uhr Nachmittags siegten die Ungeraden und schlügen Punkt 6 Uhr, um die Zeit der Liquidation, die Geraden um 74 Francs. Den andern Tag Revanche und am dritten wird vielleicht Contra gespielt.

— Aus London 26. Mai wird geschrieben: Eine „Luftfahrt im Ballon“ zu machen, gehörte während der letzten Zeit zu den beliebtesten Verstreuungen. Alle Tage fast sah man den Riesenballon im Westen der Stadt von einem starken Kabel gehalten in die Höhe schweben, und wer einige Schillinge nicht scheute, konnte sich aus ungewohnter Höhe einen Blick auf die riesigen Häusermassen verschaffen. Eine Anzahl unternehmungslustiger Sportmen hatte sogar mit dem Eigentümer des „Captif Balloon“ ein Abkommen geschlossen, daß er sie heute, am Derbytag, auffahren solle, damit sie sich das Rennen und die wogende Volksmenge in Epsom einmal so recht von oben ansehen könnten. Aber ihr Vergnügen wurde vereitelt, denn der Riesenballon schonte sich nach Freiheit. Er riß das Kabel und schwieg in raschem Fluge durch die Lüfte, von zahllosen Neugierigen und vielen geängstigten Herzen so lange wie möglich mit den Augen verfolgt. In Chelsea, von wo der Ballon aufgelassen wurde, herrschte Anfangs ungeheure Aufregung. Dichte Volksmassen umlagerten, trauriger Botschaft harrend, die Lokalität, woselbst die Bataillen und die Maschinen zum Niederziehen des Fahrzeugs aufgestellt sind, denn es hatte sich das Gerät verbreitet, über dreißig Personen hätten im Schiffe des Ballons die unfreiwillige Luftfahrt angetreten. Noch lange nachher, und selbst noch, nachdem der Eigentümer dies entschieden in Abrede gestellt hatte, hieß es, zwei Arbeiter seien vermisst.

— Das „Royal Alfred Theatre“ im Osten Londons verdient den deutschen Theatern als Muster

